

Wie sicher ist Amerika?

Fortschritte und Schwachstellen ein Jahr danach

QUELLE: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG*

Als Reaktion auf den Schock vom September 2001 und das Versagen der Terrorabwehr haben die USA die Geheimdienste aufgestockt und die Sicherheitskontrollen verstärkt. Der «Krieg gegen den Terror» brachte rasche Anfangserfolge. Doch obwohl al-Kaida seither nicht mehr in den USA zugeschlagen hat, bleibt ein Gefühl der Unsicherheit.

A. R. Washington, 10. September

Die meisten Fans von Spionagethrillern dürften sich ihren Sprung in die Welt der Agenten romantischer vorstellen. Aber wer sich heutzutage von einem Geheimdienst anwerben lassen will, braucht keinen Kontaktmann in einer schummrigen Kneipe zu treffen, sondern nur den Gang ins Internet anzutreten. Dort bietet die Central Intelligence Agency (CIA) amerikanischen Bürgern «mit Abenteuergeist, überlegener intellektueller Fähigkeit, zähem Geist, Integrität, Mut und Vaterlandsliebe» die Möglichkeit, sich per Mausclick für einen Posten im Geschäft der heimlichen Nachrichtenbeschaffung zu bewerben. Besonders begehrt, schreibt die CIA in Fettschrift, sind Kandidaten mit Kenntnissen in orientalischen Sprachen. Die Werbeoffensive ist Teil von Bemühungen der amerikanischen Geheimdienste, die lange vernachlässigte «human intelligence», also die klassische Agententätigkeit, zu stärken und das Netz von sprachlich versierten Spionen zu erweitern. Wenn der amerikanische Talib John Walker Lindh mit Usama bin Ladin ins Gespräch gekommen sei, fragte der republikanische Senator Pat Roberts einmal, «warum zum Teufel konnte dann die CIA keinen Agenten in seine Nähe bringen?».

*Ressort Ausland, 11. September 2002, Nr. 210, Seite 9

Geheimdienste im Hagel der Kritik

Zu den Lehren der Terrorattacken vom 11. September 2001 zählt die Einsicht, dass die mit jährlich mehreren Milliarden Dollar betriebene elektronische Aufklärung die klassischen Agenten auf dem Terrain nicht ersetzen kann, wenn es darum geht, terroristische Bedrohungen rechtzeitig zu erkennen. Dies umso mehr, als auch der Abhördienst NSA zu wenig Sprachspezialisten hat, um die relevanten fremdsprachigen Informationen unter den stündlich zwei Millionen aufgezeichneten Mitteilungen - Telefongespräche, E-Mails - zu übersetzen. Doch personelle Lücken sind nicht der einzige Vorwurf, dem sich die Geheimdienste gegenübersehen. Seit Monaten hagelt es in der Presse Kritik an der mangelnden Kooperation zwischen den einzelnen Behörden, an ihren analytischen Schwächen und an der veralteten Informatik des FBI. Viele Kommentatoren führen die Tragödie des 11. Septembers auf das Versagen der Nachrichtendienste zurück.

Gemessen daran sind CIA, NSA und FBI bemerkenswert unversehrt aus dieser Krise hervorgegangen. Alle drei erhielten sogar kräftige Budgeterhöhungen zugestanden. Ein Köpferrollen blieb aus, und Vorschläge für radikale Kompetenzverschiebungen versandeten. Das geplante Ministerium für Inlandsicherheit wird nun nicht als neuer Inlandgeheimdienst konstruiert, sondern von den Informationen und Analysen der bestehenden Dienste abhängig sein. Das FBI muss seine Zuständigkeit für die Terrorbekämpfung nicht dem neuen Ministerium abtreten, obwohl die Bundespolizei mit ihren weitläufigen Aufgaben in der Vergangenheit die Prioritäten nicht immer richtig gesetzt hat.

Schutz vor neuen Entführungen

Doch reichen ein neues Ministerium und zusätzliche Mittel für die bestehenden Behörden, um das nächste Terrorkomplott rechtzeitig aufzudecken? CIA und FBI verweisen auf energische interne Schritte seit dem letzten Jahr: Die CIA verfügt nun angeblich über dreimal so viele Arabisch sprechende Mitarbeiter, und ihr Anti-Terror-Zentrum hat das Personal verdoppelt. Das FBI erklärte die Terrorismusbekämpfung zur obersten Priorität. Es heuerte über hundert Arabisch-Übersetzer an sowie Informatiker, die ihr berüchtigtes Computersystem auf Vordermann bringen sollen. Die publizitätsscheue NSA wiederum will ihr Personal allein in diesem Jahr um tausend Mitarbeiter aufstocken. Die Leiter von CIA und FBI treffen sich mittlerweile zu einem täglichen Briefing mit Präsident Bush, und die institutionellen Kontakte zwischen Terrorspezialisten beider Behörden wurden ausgebaut. Kritiker geben

aber zu bedenken, dass die Geheimdienstler weiterhin in alten Mentalitäten gefangen seien. Im Ausland schrecke man vor der Zusammenarbeit mit «unsauberen» Informanten zurück, weil man sich keine Vorwürfe der Zentrale einhandeln möchte, während man im Inland auf die gezielte Ausrichtung auf mittelöstliche Muslime verzichte, weil eine Spezialbehandlung einzelner ethnischer oder religiöser Gruppen als politisch inkorrekt gilt.

Abgesehen von der Nachrichtenbeschaffung, hatten die Massnahmen der Regierung im Inland zwei weitere Stossrichtungen: Migrationskontrolle und Flugsicherheit. Die bisherigen Regeln hatten es den Attentätern zu leicht gemacht, ins Land zu kommen, sich dort zu bewegen und am Tag ihres Verbrechens die Kontrolle in den Cockpits zu übernehmen. So einfach wie vor einem Jahr wird es Flugzeugentführern heute nicht mehr gemacht. Kurz nach den Anschlägen wurden die Fluggesellschaften angewiesen, die Cockpittüren mit Schlössern oder Stahlriegeln zu sichern. Zusätzlich wurden zahlreiche Stellen für Flugpolizisten geschaffen, die nun in kleinen Teams bei einem Teil der Flüge mitreisen. Trotz Widerstand des Weissen Hauses hat sich der Kongress entschlossen, eine Bewaffnung der Piloten zu erlauben. Lange Wartezeiten an den Flughäfen zeugen von aufwendigeren Kontrollen, aber die Überprüfung von Passagieren und Gepäck gilt immer noch als ungenügend und ineffizient.

Bei einer Übung im Sommer zeigte sich, dass Passagiere mit Messern oder Sprengstoff in einem Viertel der Fälle unbehelligt durch die Kontrollen schlüpfen. Bis zum Jahresende sollten sämtliche Gepäckstücke mit sprengstoffsensitiven Geräten durchleuchtet werden; die Frist gilt jedoch als unrealistisch. Dass die im letzten November geschaffene Behörde für Verkehrssicherheit mit beträchtlichen organisatorischen Problemen kämpft, zeigte sich, als ihr erster Chef sein Amt bereits nach acht Monaten wieder verlassen musste.

Überforderte Einwanderungsbehörde

Während bei der Flugsicherheit zumindest eine langfristige Reformstrategie deutlich wird, dominieren bei der Migrationskontrolle Ad-hoc-Massnahmen. Mehrere Attentäter hatten ihr Visum in Saudiarabien im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens über die Vermittlung von Reisebüros erhalten. Dieses Expressverfahren wurde seither gestoppt. Ein Skandal auf der amerikanischen Botschaft in Katar, wo Dutzende von Personen ihre Visa über Bestechung erhielten, dürfte dazu beigetragen haben, dass Aussenminister Powell in diesem Sommer die für Konsularfragen zuständige Assistentin entliess. Männliche Gesuchsteller aus der «Risikogruppe» der 16- bis 45-Jährigen müssen neben ihrem Visumsantrag seit einigen Monaten ein zusätzliches For-

mular beilegen. Darin sind sämtliche Auslandsreisen der letzten zehn Jahre sowie alle vom Antragsteller unterstützten Organisationen aufzuführen und wird die für Mitteleuropäer knifflige Frage nach der Stammeszugehörigkeit gestellt. Beim Ausfüllen des Formulars dürfte sich die Freimütigkeit von Terroristen in Grenzen halten.

Besucher aus Iran, dem Irak, Libyen, dem Sudan und Syrien müssen sich bei der Einreise photographieren und die Fingerabdrücke nehmen lassen. Diese Prozedur wird ab dieser Woche auf weitere Reisende, offenbar vor allem aus der muslimischen Welt, ausgedehnt. Das Justizministerium will zudem ein mehrere Jahrzehnte altes Gesetz durchsetzen, gemäss dem Ausländer jeden Wohnsitzwechsel innerhalb der USA melden müssen. Bis jetzt ist jedoch unklar, wie das Einwanderungsamt (Immigration and Naturalization Service, INS) die Flut von Adressänderungen bewältigen soll. Der INS ist bereits durch seine angestammten Aufgaben überfordert. Seit er im März zwei Attentätern post mortem bescheinigt hat, dass sie Anrecht auf den Status von Studenten hätten, gilt er als Paradebeispiel einer ineffizienten Bürokratie. Auch hier wird das Heil in einer Personalaufstockung gesucht: Bis Ende September will das Einwanderungsamt 10 000 neue Mitarbeiter anstellen. Ob der bisher dürftige Informationsaustausch zwischen INS und anderen Behörden in Gang kommt, bleibt abzuwarten.

Keine Sicherheit im Alleingang

Handfestere Resultate können die USA in ihren internationalen Anti-Terror-Bemühungen vorweisen. Der beeindruckende Sieg über die Taliban und die Zerschlagung der Kaida-Lager in Afghanistan waren frühe Erfolge. Auch die Militärhilfe an diverse Länder mit Terrorproblemen zeigte Wirkung; auf den Philippinen beispielsweise gelang es, in relativer kurzer Zeit die muslimischen Abu-Sayyaf-Rebellen entscheidend zu schwächen. Aber im «Krieg gegen den Terrorismus» stehen die USA, wie sich der Verteidigungsminister auszudrücken pflegt, dem Anfang noch immer näher als dem Ende. Usama bin Ladin als wahrscheinlicher Auftraggeber der Attentate vom 11. September ist den USA nicht in die Hände gefallen. Möglicherweise ist er tot, aber ein grosser Teil seiner Führungsmannschaft scheint entkommen zu sein. Der amerikanische Feldzug hat al-Kaida geschwächt, aber nicht vernichtet; die Terrorgruppe hat ihr Refugium in Afghanistan verloren, aber ihre versprengten Reste verteilen sich nun auf eine ganze Reihe von Ländern. Die blutigen Attentate gegen westliche Zivilisten in Pakistan und Tunesien während des letzten halben Jahres legen Zeugnis ab von der Bedrohung, die weiterhin von dem Terrornetz ausgeht.

Dass al-Kaida auch in den Vereinigten Staaten selber wieder zuschlagen könnte, wagt hierzulande niemand zu bezweifeln. Gleichzeitig hat sich aber auch gezeigt, dass die USA dank internationalen Kooperationen Anschläge verhindern können. In Marokko etwa nahmen die Behörden im Frühling auf Grund einer Zusammenarbeit mit der CIA drei Saudiaraber fest, die eine Terrorausbildung in Afghanistan durchlaufen hatten und nun in Marokko Anschläge auf amerikanische und britische Kriegsschiffe planten. Vor diesem Hintergrund haben manche amerikanische Sicherheitsexperten mit Sorge registriert, wie die weltweite Solidarität mit den USA nach dem Schock vom September 2001 abgebröckelt und durch zunehmendes Missfallen über amerikanische Alleingänge überdeckt worden ist. Mangelndes ausländisches Verständnis für die Stimmungslage in den USA dürfte ebenso für diese Entwicklung verantwortlich sein wie der manchmal allzu forsche Unilateralismus der Administration Bush. In der Irak-Frage, wo sich die transatlantischen Dissonanzen so laut wie schon lange nicht mehr bemerkbar machen, halten allerdings auch viele Amerikaner ein Vorgehen im Einklang mit Verbündeten für unabdingbar. Dies gilt wohl auch für die Herausforderung Terrorismus: Um sicher zu sein, braucht Amerika Freunde.